

An das  
Bundesministerium für Justiz  
Museumstraße 7  
1070 Wien

Wien, 11. Juni 2007  
GZ 301.027/002-S4-2/07

**Betrifft: Entwurf einer Novelle zur Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken; Begutachtung und Stellungnahme**

Der Rechnungshof bestätigt den Erhalt des mit Schreiben vom 26. April 2007, Zl. BMJ-B2.035/0010-I 2/2007, übermittelten Entwurfs einer Novelle zur Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken und teilt mit, dass aus Sicht der Rechnungs- und Bauabnahmekontrolle keine Bedenken gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen bestehen.

Von dieser Stellungnahme werden u.e. 25 Ausfertigungen dem Präsidium des Nationalrates und zwei Ausfertigungen dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Der Präsident:  
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: